

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Karsten D. Voigt MdB zur
Mittleuropa-Diskussion:
Brücken der gemeinsamen
Sicherheit bauen.

Seite 1

Günther Heyenn MdB fragt
nach den Erfolgen der Ar-
beitsmarktpolitik der Bun-
desregierung: 1987 - kein
gutes Jahr für die Sozial-
politik.

Seite 4

Ernst Waltemathe MdB zum
Jahresausklang: Sprüche über
Politiker und zur Politik.

Seite 8

42. Jahrgang / 247/248

29./30. Dezember 1987

Brücken der gemeinsamen Sicherheit bauen

Ein Beitrag zur Mitteleuropa-Diskussion

Von Karsten D. Voigt MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Bundes-
tages

Die neu beginnende Diskussion um Mitteleuropa hat klar erkennbare
Motive, aber unklare Perspektiven.

In der Bundesrepublik Deutschland wollen die Befürworter einer
Mitteleuropa-Konzeption die Zusammenarbeit insbesondere mit den
kleineren und mittelgroßen Staaten östlich der heutigen Trennlinie
zwischen Ost und West vertiefen und gleichzeitig den Handlungs-
spielraum gegenüber der westlichen Vormacht USA vergrößern. In
den Staaten östlich der Trennlinie gibt es entsprechende Tendenzen -
nämlich den Handlungsspielraum gegenüber der Sowjetunion schritt-
weise zu erweitern, um gleichzeitig auch die Zusammenarbeit mit
Westeuropa zu vergrößern. Kleinere und mittelgroße Staaten sollen
gemäß diesen Mitteleuropakonzepten versuchen, Brücken über heutige
Gräben zwischen Ost und West zu schlagen. Das besondere Interesse
derjenigen Staaten, die heute beiderseits der Gräben zwischen Ost
und West liegen, an derartigen Konzepten, ist nur zu verständlich.
Und daß dies Bedürfnis sich auch dort äußert, wo die Gräben zwischen
Ost und West zur Spaltung Deutschlands geführt haben, ist ebenfalls
begrifflich.

Die Perspektiven dieser Mitteleuropakonzepte bleiben unklar: Mittel-
europa läßt sich weder geographisch oder sicherheitspolitisch noch
kulturell oder gesellschaftspolitisch nach Osten noch nach Westen,
nach Süden noch nach Norden eindeutig abgrenzen.

In der deutschen Diskussion gehören die beiden deutschen Staaten
geographisch selbstverständlich zu Mitteleuropa. Östliche Nachbarn
der Deutschen aber sehen Mitteleuropa zum Teil im Osten durch die
Westgrenze der Sowjetunion und im Osten durch die Grenze zur
DDR beziehungsweise zur Bundesrepublik Deutschland definiert.
Für Ungarn und Österreich liegen die eigenen Staaten im Zentrum und
nicht am Rande Mitteleuropas. Wenn sie von Mitteleuropa sprechen,
schwingen Erinnerungen an den Raum des alten Habsburger K und
K-Reiches an.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
with recycled paper
Kunststoff-Papier



Gesellschaftspolitisch wird Europa insgesamt heute durch den Gegensatz zwischen pluralistischen Demokratien im kapitalistischen Westen und vom Marxismus-Leninismus dominierten Staaten im real existierenden Sozialismus geprägt. Dieser Gegensatz trennt die beiden deutschen Staaten, aber auch Österreich von Ungarn. Die Wiederbelebung gemeinsamer geschichtlicher, politischer und christlicher Traditionen kann den Brückenschlag zwischen Ost und West durch mitteleuropäische Staaten erleichtern. Dies ist aber nicht ausreichend, um den gesellschaftspolitischen Gegensatz zwischen Ost und West aufzuheben.

Die SPD hat in den letzten zehn Jahren ihr Verhältnis zur westeuropäischen Integration positiv weiterentwickelt. Das Konzept einer Selbstbehauptung Europas bedeutet ja vor allem Dingen auch, daß man die westeuropäische Zusammenarbeit über die bisherige wirtschaftliche Integration hinaus auf den Bereich der Außen-, Sicherheitspolitik und Verteidigungspolitik ausdehnen will, um so eine zweite Säule im westlichen Bündnis zu schaffen.

Die europäische Kultur lebt auch außerhalb der geographischen Grenzen Europas. Die europäischen Staaten haben sich andererseits zunehmend für die kulturellen Traditionen anderer Kontinente geöffnet. Europa selbst ist durch seine kulturelle Vielfalt gekennzeichnet. Eine spezifische kulturelle Identität Mitteleuropas existiert nicht, es sei denn sie bestünde in der verhängnisvollen Abgrenzung einer mitteleuropäischen „Kultur“ von einer westlichen „Zivilisation“.

Verteidigungspolitisch umfaßt Mitteleuropa keine eigenständige Einheit. Europa wird sicherheitspolitisch von den beiden Bündnissystemen NATO und Warschauer Pakt geprägt.

Die Sowjetunion liegt mit einem großen Teil innerhalb Europas, aber sie ist gleichzeitig auch eine asiatische Großmacht. Sie liegt geographisch außerhalb Mitteleuropas, ist aber durch ihre militärische Präsenz in Mitteleuropa und auch aufgrund des Viermächte-Abkommens über Berlin auch eine mitteleuropäische Macht.

Die USA liegen mit ihrem Territorium geographisch völlig außerhalb Europas. Sie sind aber aufgrund des Berlin-Abkommens und der Stationierung umfangreicher Streitkräfte ähnlich wie die UdSSR auch eine mitteleuropäische Macht.

Je nach der geographischen Definition umfaßt Mitteleuropa heute nur Staaten des Warschauer Vertrages oder aber neutrale Staaten und Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages oder Neutrale und gleichzeitig Mitgliedsstaaten der NATO und des Warschauer Vertrages. Wie immer man den Begriff Mitteleuropa geographisch definiert, es ist aufgrund der durch den Zweiten Weltkrieg entstandenen Realitäten kein Raum denkbar, der sicherheitspolitisch aus sich selber heraus stabil wäre, wenn nicht auch die beiden Weltmächte USA und Sowjetunion sich in Bezug auf die Region ebenfalls stabilitätsfördernd verhielten. Nur im Verbund mit den übrigen Staaten Europas bilden die mitteleuropäischen Staaten heute einen gemeinsamen Raum; Es ist der Raum des die KSZE und die KVAE und die KRK umfassenden gesamteuropäischen Prozesses der Sicherheitsförderung und der auch militärisch relevanten Vertrauensbildung und Abrüstung.



Abrüstungspolitisch kann Mitteleuropa dann einen Sinn machen, wenn man seine heutige militärische Teilung zum Ausgangspunkt einer künftigen wie Blockgrenzen überwölbenden Zusammenarbeit werden läßt. Dann wird der heutige Graben zwischen NATO und Warschauer Vertrag durch Brücken der Gemeinsamen Sicherheit überwunden.

Aus diesem Geist heraus wurden die Wiener MBFR-Verhandlungen geboren. Die Vorschläge Jaruzelskis für einen um Dänemark und Ungarn erweiterten MBFR-Raum, der als Ergebnis der beiderseitigen defensiven Umstrukturierung und Verringerung der Streitkräfte zu einem militärisch verdünnten und sicherheitspolitisch stabilen Raum führen soll, gehen in eine ähnliche Richtung. Auch die gemeinsam von der SPD und der SED ausgearbeiteten Vorschläge für eine chemiewaffenfreie Zone und einen atomwaffenfreien Korridor zielen auf einen Abbau der militärischen Potentiale beiderseits der Trennlinie zwischen NATO und Warschauer Pakt. Auch Otto Schölys Vorschlag für eine „Mitteleuropäische Friedensunion“ setzt ausdrücklich die Beibehaltung ihrer Mitgliedschaft in den jeweiligen Militärbündnissen beziehungsweise die Aufrechterhaltung des jetzigen neutralen Status voraus und zielt auf eine gesamteuropäische Friedensordnung. Insofern ist „Mitteleuropäische Friedensunion“ ein irreführender Sammelbegriff für unterschiedliche regional definierte Initiativen im Rahmen eines Konzeptes Gemeinsamer Sicherheit.

Abgesehen davon, daß die meisten Mitteleuropakonzepte sich auf unterschiedliche geographische Gebiete beziehen und die meisten der Vorschläge entweder nur Teile Mitteleuropas umfassen oder aber sich auch auf Gebiete erstrecken, die - wie Belgien und die Niederlande - traditionell zu Westeuropa oder - wie die westlichen Militärdistrikte der Sowjetunion - Osteuropa zugerechnet wurden, setzt die Verwirklichung jedes dieser Konzepte die Mitwirkung der USA und der Sowjetunion voraus. Insofern handelt es sich bei derartigen auf Mitteleuropa bezogenen Konzepte immer um regional definierte Subkonzepte einer Abrüstungspolitik zwischen Ost und West. Nur durch ihre Einbettung in den Gesamtrahmen der Ost-West-Beziehungen können sie gelingen.

Die mitteleuropäischen Staaten können durch eigene Initiativen - wie die neue Ostpolitik Willy Brandts bewies - einen großen Einfluß auf die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen ausüben. Aber die mitteleuropäischen Staaten sind sicherheits- und abrüstungspolitisch spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr autonom. Je realistischer die Staaten Mitteleuropas die seit dem Zweiten Weltkrieg prinzipiell veränderte sicherheitspolitische Lage Europas analysieren, desto mehr können sie sich aus einseitigen Abhängigkeiten lösen und sie zu wechselseitigen Abhängigkeiten umgestalten. Dies setzt die Erweiterung der mitteleuropäischen Perspektive auf eine gesamteuropäische Perspektive voraus.

(-29./30.12.1987/vo-ha/rs)

* * *



1987 - kein gutes Jahr für die Sozialpolitik

Die Bundesregierung konnte die drängenden Probleme nicht lösen

Von Günther Heyann MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung
des Deutschen Bundestages

Das Jahr 1987 war gekennzeichnet durch beschäftigungspolitische Untätigkeit der Bundesregierung, durch ihre Unfähigkeit, zur nötigen Strukturreform in Renten- und Krankenversicherung brauchbare Vorschläge vorzulegen und durch die Entlastung des Bundeshaushaltes auf Kosten der Bundesanstalt für Arbeit.

Am 12. Januar 1987 - also wenige Tage vor der Bundestagswahl - hat die Bundesregierung zur Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt erklärt: „Gleichzeitig setzt sich der Abwärtstrend der Arbeitslosenzahlen weiter stetigt fort.“ Davon konnte in diesem Jahr keine Rede sein. Nimmt man den November-Vergleich 87 - 86, so ist festzustellen, daß die Zahl der Arbeitslosen einschließlich der aus der Statistik herausfallenden 58jährigen gegenüber dem Vorjahr um 74.656 zugenommen hat. Während im Jahresgutachten 1986 des Sachverständigenrates noch im vergangenen Jahr im Vorfeld der Bundestagswahl Prognosen positiv für Wirtschaft und Arbeitsmarkt aussahen, ist auch dieses Gremium für die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt 1988 erheblich vorsichtiger geworden. So wird eine Arbeitslosenzahl angenommen, die im Durchschnitt um 70.000 über dem Durchschnitt des Jahres 1987 liegt. Davon ausgehend, daß diese Prognosen die Entwicklung wie auch im vergangenen Jahr günstiger darstellen als sie in der Realität wirklich werden, muß befürchtet werden, daß die Zahl der Arbeitslosen in weit größerem Umfang steigen wird. Alle von der Bundesregierung bisher ins Auge gefaßten Maßnahmen sind nicht geeignet, hier eine Wende herbeizuführen.

Sollte Der Präsident der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, sich bei seinen Prognosen für das Jahr 1988 in ähnlicher Weise irren wie für 1987, steht die Bundesanstalt bereits im kommenden Jahr vor einer sehr prekären finanziellen Situation. Die Überschüsse der Bundesanstalt für Arbeit schrumpften bereits in diesem Jahr zusammen, nachdem Bundesfinanzminister Stoltenberg die aus der Anerkennung von Kindererziehungszeiten resultierenden Belastungen für den Bundeshaushalt aus den Überschüssen der Bundesanstalt für Arbeit abdeckt. Es geht hierbei um einen milliardenschweren Verschiebebahnhof zu Lasten der Solidargemeinschaft der Beitragszahler. Die Bundesregierung und allen voran Arbeitsminister Blüm ist dabei, die Bundesanstalt auszuplündern. Da werden mit der Sprachförderung von Aussiedlern, Asylbewerbern und Kontingentflüchtlingsen, mit der Förderung von benachteiligten Jugendlichen Nürnberg Zahlungen auferlegt, die mit den Aufgaben der Bundesanstalt absolut nichts zu tun haben. Diese Auffassung teilen Gewerkschaften, Arbeitgeber und die Bundesanstalt für Arbeit einschließlich der Selbstverwaltung. Bereits für das kommende Jahr ist ein Defizit zu befürchten, das sich 1989 auf ein Minus von über 2,5 Milliarden ausweiten könnte. Dies kann in keinem Fall dadurch verhindert werden, daß man die Zahl der Arbeitslosen für 1988 so schätzt wie man sie braucht.

Heinrich Franke hat diese Probleme erkannt, denn bereits im August 1987 teilte er in den amtlichen Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit den Abbruch der so oft beschworenen „Qualifizierungsoffensive“ mit. Es heißt dort: „Es muß deshalb darauf hingewirkt werden, eine Konsolidierung bei der Förderung der beruflichen Fortbildung und Umschulung zu erreichen und eine weitere Steigerung zu vermeiden.“ Praktisch heißt dies nichts anderes, als daß die weniger Qualifizierten und Arbeitslosen für die Raubzüge des Bundesfinanzministers aufkommen sollen.

Der im Juni verabschiedete Gesetzentwurf zur Verlängerung des Arbeitslosengeldbezuges ist nach Auffassung der SPD-Bundestagsfraktion alles andere als ausreichend. In unserem Gesetzentwurf zur Wiederherstellung eines ausreichenden Schutzes bei Arbeitslosigkeit haben wir unter anderem gefordert:



- Rücknahme der unsozialen Kürzungen der Leistungssätze des Arbeitslosengeldes, der Arbeitslosenhilfe, des Kurzarbeitergeldes und des Schichtwettergeldes;
- Verlängerung der Anspruchsdauer beim Arbeitslosengeld ohne Altersbegrenzung;
- Sicherung des Arbeitslosengeldanspruchs nach kurzzeitiger Beschäftigung;
- Erhöhung des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe für Berufsanfänger;
- Verkürzung der Sperrzeiten;
- Berücksichtigung einmaliger und wiederkehrender Zuwendungen bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes;
- Verbesserung des Zugangs zu Maßnahmen zur Fortbildung und Umschulung;
- Förderung von lokalen Beschäftigungsinitiativen und Arbeitslosenzentren;
- Öffnung der Arbeitslosenhilfe für mehr Arbeitslose, die bisher nicht leistungsberechtigt sind, also insbesondere für Arbeitslose, die nach Zeiten der Kindererziehung und nach Zeiten der Pflege von Personen auf den Arbeitsmarkt zurückkehren und für Absolventen von berufsbildenden Schulen, Fachschulen, Fachhochschulen, Hochschulen oder gleichartiger Ausbildungsstätten.

Zur Erschließung von Beschäftigungsmöglichkeiten gerade für Langzeitarbeitslose hat die SPD-Bundestagsfraktion vor wenigen Tagen einen Antrag an die Bundesregierung formuliert, da die bisherigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bei weitem nicht ausreichen, um das Problem auch nur annähernd in den Griff zu bekommen. Die Vorschläge basieren auf einer Studie der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Zur anstehenden Rentenreform liegt bis heute kein Entwurf vor. Es gibt zwar einen von Opposition und Regierung mehrfach erklärten Willen zur Zusammenarbeit, doch ist dieser Konsens nicht zum Nulltarif zu erreichen. Gemeinsamkeiten sind nur dann möglich, wenn sich auch unsere Vorstellungen in einem zukünftigen Gesetzentwurf wiederfinden. Dies sind aus unserer Sicht folgende Punkte:

1. Klare Festlegung, daß der Bund künftig einen angemessenen Teil an der Bewältigung der wachsenden Kosten der Altersversorgung trägt. Der Bundeszuschuß muß deutlich über den heutigen gesetzlichen Stand hinaus erhöht werden; das ist der politische Dreh- und Angelpunkt der Reform. Es muß auch ausgeschlossen sein, daß sich der Bund durch Griff in andere Sozialversicherungskassen zu Lasten der Beitragszahler refinanziert und daß an anderer Stelle Sozialabbau betrieben wird.
2. Orientierung an dem Grundsatz, daß das heute erreichte Nettorentenniveau in Zukunft erhalten bleiben muß. Es muß ausgeschlossen sein, daß die allseits befürwortete gleichgewichtige Entwicklung von Renten und verfügbarem Arbeitseinkommen auf einem zuvor gekürzten Rentenniveau aufsetzt.



3. Einstieg in die Harmonisierung.
4. Schrittweise Wiederherstellung voller Rentenversicherungsbeiträge der Bundesanstalt für Arbeit. Da es in dieser Frage Übereinstimmung zwischen den Tarifparteien gibt, ist es kaum denkbar, daß ein Konsens zwischen den Parteien im Bundestag hinter dieser Position zurückbleibt.
5. Klar Absage an alle Versuche, kurz- oder mittelfristig die Altersgrenze in der Rentenversicherung zu erhöhen oder versicherungsmathematische Abschläge einzuführen. Damit ist die Prüfung der Frage, wie sehr langfristig - das heißt in der Zeit nach der Überwindung der Massenarbeitslosigkeit - die Lebensarbeitszeit verlängert werden kann, nicht ausgeschlossen.
6. Verbesserungen für Rentner mit niedrigen Renteneinkommen als unverzichtbare soziale flankierung der Reform. Dazu gehört zumindest der Ausbau der Rente nach Mindesteinkommen. Aber auch über die Möglichkeit eines Einstiegs in eine Soziale Grundsicherung außerhalb der Sozialhilfe muß gesprochen werden.

Gerade zum letztgenannten Punkt hat der Arbeitskreis Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion vor kurzem ein Diskussionspapier vorgelegt. Durch die Einführung der Sozialen Grundsicherung sollen niedrige Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung, das Arbeitslosengeld und die Arbeitslosenhilfe unter Anrechnung sonstigen Einkommens und Vermögens von der Rentenversicherung beziehungsweise der Bundesanstalt für Arbeit so aufgestockt werden, daß die Inanspruchnahme von Sozialhilfe überflüssig wird. Die Kosten der Sozialen Grundsicherung sind nach unseren Vorstellungen dem Träger, das heißt der Rentenversicherung und der Bundesanstalt für Arbeit vom Bund zu erstatten. Es geht also nicht primär um die Schaffung zusätzlicher Sozialleistungsansprüche, sondern um eine organisatorische Form, die erreichen soll, daß die bereits heute bestehenden Rechtsansprüche von den Hilfsbedürftigen auch tatsächlich ausgeschöpft werden.

Die Diskussion um die Strukturreform im Gesundheitswesen hat in den vergangenen Wochen zu scharfen Auseinandersetzungen mit der Bundesregierung geführt. Ich meine zu Recht. Der vorliegende Vorschlag der Koalition ist ein einseitiges Abkassierungsmodell und entspricht in keiner Weise den Erfordernissen einer grundlegenden Reform. Wir sind uns darüber im klaren, daß die Interessenverbände des Gesundheitswesens keine Strukturreform wollen, da sie ihre Pfründe bedroht sehen. Es ist geradezu ungeheuerlich, in welcher Weise Bundesarbeitsminister Blüm den Interessen der Anbieter von Gesundheitsleistungen entgegengekommen ist, gleichzeitig aber die Krankenversicherten und Patienten in bisher nicht gekannter Weise belasten will. Die Koalition will auf Kosten der Beitragszahler abkassieren: 2,6 Milliarden beim Zahnersatz, 700 Millionen bei Arzneimitteln, fast 600 Millionen bei Brillen und Kontaktlinsen, 400 Millionen bei Kuren



und fast 700 Millionen bei Heil- und Hilfsmitteln. Hinzu kommen 800 Millionen bei Fahrtkosten und weitere Maßnahmen. Diese Vorschläge sind ein gesundheitspolitischer Skandal, zumal ein entsprechender Beitrag auf der Seite der Anbieter von Gesundheitsleistungen, also Ärzten, Zahnärzten und der Pharmaindustrie, bisher nicht vorgesehen ist. Die Pharmaunternehmen geben nach eigenen Schätzungen 3,5 Milliarden DM im Jahr für Werbung aus.

Die Koalition ist mit ihren Vorschlägen völlig einseitig geblieben, von einer Strukturreform kann nicht einmal im Ansatz gesprochen werden. Um die Probleme wirklich grundlegend anzugehen, fordern wir:

- eine Beseitigung der ungleichen Behandlung der verschiedenen Versichertengruppen;
- eine Beseitigung der Ungleichgewichte zwischen Krankenkassen und Anbietern;
- eine Reform und Stärkung der Selbstverwaltung;
- eine Bereinigung der verzerrten Krankenkassenstruktur;
- eine Veränderung bei Preis- und Honorarbildungsverfahren, von denen bisher keinerlei Anreize zum sparsamen Wirtschaften ausgehen.

Für die Enquete-Kommission „Strukturreform im Gesundheitswesen“ wird es bis Ende nächsten Jahres eine Menge Arbeit geben, um ein brauchbares Konzept alternativ zu den jetzt auf dem Tisch liegenden Vorschlägen zu erarbeiten.

Die Bilanz zeigt, für Beitragszahler, Patienten und Arbeitslose war 1987 kein gutes Jahr. Wir Sozialdemokraten werden weiterhin das uns Mögliche tun, um aktive Beschäftigungspolitik voranzutreiben, die Arbeitslosen besser abzusichern, zu einem tragbaren Konsens in der Rentenreform zu gelangen und eine Strukturreform im Gesundheitswesen zu erreichen, die diesen Namen wirklich verdient.

(-/29./30.12.1987/va-he/st)

* * *

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern einen guten Rutsch ins Neue Jahr und ein friedliches und erfolgreiches 1988. Der nächste SPD-Pressedienst erscheint am 4. Januar 1988.

Redaktion und Verlag



Ein Rückblick auf 1987

Sprüche über Politik, Politiker, Parteien, Personen und Prominenz

Von Ernst Waitemathe MdB

1. Allgemeines über Politik und Politiker

Politiker werden oft nur von der Seite angeguckt, obwohl die meisten gar kein Profil haben.

In der Politik gelingen Ausfälle eher als Einfälle.

Wer Memoiren schreibt, leidet in Wahrheit an Gedächtnisschwund und verfälscht die Geschichte, die er (sie) angezettelt hat.

Meistens fehlen uns die Worte, wenn Politiker von der Ehre sprechen.

Am Körperbau sind sie zu erkennen: Viele Politiker sind Bauchredner.

2. SPD

Seit die SPD einen Vogel hat, ist sie wieder eine ganz normale Partei.

Quotierung ist Anteilnahme. Von Beileidsbekundungen bitten wir abzusehen.

Die Männer gehen auf die Hälfte, die Frauen aufs Ganze.

Die Verdoppelung der Frauen setzt halbe Männer voraus.

Bei Koschnicks Bundestagsreden haben zwei Stenographen Dienst: Einer notiert die gesprochenen Silben, der andere die verschluckten.

3. CDU/CSU

Die CSU vergaß in Chile die Menschen und setzte sich nur noch für die Rechte ein.

CDU und CSU bilden eine Fraktionsentzweischaft.

Die Männerfreunde Strauß und Kohl gaben ihre Scheidung bekannt.

4. Sonstige Parteien

Riesenstaatsmann Möllemann wurde Bundeseinbildungsminister.

Grüne sehen so oft rot, daß man nur noch schwarz sehen kann.

Die Kultur der Grünen ist geeignet, den grünen Kult zu beenden.

Mahnung an Jutta Ditfurth: Mit fundamentalem Stopfen kann Durchfall erzeugt werden.

5. Ereignisse und Beurteilungen

Ein Reiner Pfeiffer wurde unreiner Verpfeifer.

Selbst Dunkelmänner können die Wahrheit ans Licht bringen.

Wer anderen eine Wanze setzt, ist selber unerhört.

Auch die FDP schafft keinen Sumpf fort.

Wenn Hofschranzen Purzelbäume schlagen, wackelt auch der Thron.

Wir leben in einer Verfassung, die Zensur nicht zuläßt. Aber vor lauter Bresser-Wisserei verkauft das ZDF die Pressefreiheit für einen Appel und ein (Straußen-)Ei.

Obwohl die Ritter Reagan und Gorbatschow aus ihrer Rüstung aussteigen, stehen sie keineswegs nackt da.

1987: Das Jahr der Glasnostalgie.

6. Der Autor

Ernst-hafte Politiker wirken am lächerlichsten.

(-/29./30.12.1987/va-he/rs)

